

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Mittw. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Ercheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Für amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Hr. 210.

Nr. 26.

Dienstag, den 2. März

1909.

Königliche Baugewerkschule zu Plauen i. B.

Der Unterricht im Sommerhalbjahr 1909 beginnt **Dienstag, den 20. April** früh 7 Uhr. Die Anmeldungen haben bis zum **15. März** zu erfolgen. Die **Aufnahmeprüfung** der neu eintretenden Schüler findet **Montag, den 19. April d. J.** früh 8 Uhr und die Aufnahme sämtlicher Schüler der vier Kurse am gleichen Tage nachm. 4 Uhr statt.

Vom 1. Oktober 1908 ab ist der seitherige vierstellige Lehrplan der Königl. Baugewerkschulen in einen fünfstelligen Lehrplan umgewandelt worden und zwar mit einer bis Michaelis 1910 währenden Uebergangszeit. Im Winterhalbjahr 1910/11 wird erstmalig der neue fünfstellige Kurs und im Winterhalbjahr 1909/10 letztmalig der seitherige vierstellige Kurs abgehalten werden.

Plauen i. B., am 15. Februar 1909.

Die Direktion der Königl. Baugewerkschule.

Die Wahl in Alzey-Bingen.

Die Wahl in Alzey-Bingen hat den Zentrumskandidaten zum Siege verholfen. Die Verstärkung, die damit der Zentrumspartei im Reichstage zuwächst, ist jedenfalls sehr bedauerlich. Die nationalliberalen Wähler haben sich offenbar geteilt. Ein Teil ist für Korrell eingetreten und ist damit der Parole der Zentralleitung der Partei gefolgt, ein anderer nicht unwesentlicher Teil muß dem Zentrumskandidaten den Vorzug gegeben haben. Es ist das nur erklärlich aus der Haltung des pseudo-freisinnigen Kandidaten. Wenn dieser wandelbare Politiker an agrarischen Forderungen, die extremsten Agrarier übertrumpft hat, wenn er gegen die bestehenden Klassen gehet, wenn er erklärte, den Bloß zu zerstören zu wollen, wenn er sich gegen jede Erhöhung der Verbrauchssteuern aussprach und damit auch für die Reichsfinanzreform verloren war, dem Reichstage auch ein Absehungrecht gegenüber dem Reichskanzler erkämpfen wollte, so mußte das eine Stimmung bei nationalgesinnten und gemäßigt liberalen Wählern erzeugen, die ihn unter allen Umständen als Vertreter dieses Wahlkreises für ungeeignet kennzeichnen mußte. Immerhin bleibt die Tatsache, daß durch diese Wahlakt der Liberalismus geschwächt und das Zentrum im Reichstage gestärkt worden ist, sehr zu beklagen. Vielleicht ziehen aber auch die Freisinnigen daraus die Lehre, daß es für viele Wähler eine Grenze gibt, bis zu welcher eine gewissenlose Agitation erträglich ist. Das frühere Verhalten des Herrn Korrell in Darmstadt, wo er bei der Stichwahl die Parole für den Sozialdemokraten gegen den Nationalliberalen ausgegeben hat, muß schließlich bei manchen Wählern den Ausschlag gegen ihn gegeben haben. Nur so ist es zu erklären, daß in der nationalliberalen Vertrauensmännerversammlung von ca. 250 Anwesenden sich nur 3 Stimmen für Stimmenfreigabe aussprachen, alle anderen, darunter auch der Vertreter der Jungliberalen, sich gegen Korrell wandten.

Die nordamerikanische Flotten-Reklame.

Die Schlachtflotte der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist von ihrer einjährigen Rundreise um die Erde wohlbehalten wieder an der heimischen Küste angekommen und vom Präsidenten Roosevelt und einer hunderttausendköpfigen Menschenmenge mit begeistertem Jubel empfangen worden. Ein großer Teil dieses Enthusiasmus galt auch dem schneidigen Präsidenten, der in der laufenden Woche mit dem Ablauf seiner Wahlzeit aus dem Amte scheidet, und dem damit bewiesen ist, wie seine Landsleute doch noch an ihm hängen, trotzdem er in der letzten Zeit so unendlich viel Jammer mit seinen politischen Gegnern und den Groß-Spekulanten gehabt, denen er vielleicht etwas zu derb die Wahrheit, aber doch immerhin die Wahrheit gesagt hat. Mit dieser Flottenfahrt ist ein Stück politischer Reklame beendet, wie es in dieser Art die Welt noch nicht gesehen hat.

Präsident Roosevelt ist ein echter Amerikaner; wo es sich lohnt, da scheut er keine Mittel. Und die Reife dieser Armada, deren Unkosten auf etwa zwanzig Millionen Dollars — alles in allem — veranschlagt werden, hat sich gelohnt. Sie hat, das muß man zugeben, einen ersten amerikanisch-japanischen Konflikt, der bis zu einem Krieg sich hätte zuspitzen können, verhütet. Der kluge Teddy hat nicht allein den Japanern, die das Rechnen sehr gut verstehen, mit dieser kostspieligen Marine-Reklame klar und deutlich bewiesen, wie teuer ein Krieg mit den Vereinigten Staaten zu stehen kommt, er hat auch seine eigenen recht aufgeregten Landsleute durch den Hinweis auf dies großartige Geschwader langsam zur Besonnenheit zurückgeführt. Die Erhaltung der äußerlich wenigstens leidlich guten Beziehungen zwischen beiden Staaten hat also rund 85 Millionen Mark gekostet. Das ist als Versicherungsprämie gegen einen Krieg, der den Vereinigten Staaten ganz andere Opfer auferlegt haben würde, in der Tat nicht zu viel.

Natürlich ist von amtlicher amerikanischer Seite den Japanern gegenüber nie der wahre Zweck der Flot-

tenreise zugestanden worden, aber in Tokio wußte man ganz genau, wie es gemeint war. Die japanische Regierung fürchtet nach den Erfahrungen mit Rußland und China gewiß keinen Krieg, aber sie kann ihn auch nicht gebrauchen. Die Finanzlage ist eine solche, daß ihr keine ganz außerordentlichen Leistungen mehr zugemutet werden können, und darum ist es schon richtig, wenn aus Tokio immer wieder versichert wird, wir wollen den Frieden. Aber das Verhalten der Amerikaner, die zum großen Teil die „Japs“ noch immer sehr von oben herab anschauen, hätte einen Feldzug herbeiführen können, und darum ist es gut, daß alles so, wie es ist, gekommen ist. Die Amerikaner dürfen bei ihrem Präsidenten sich bedanken.

Die Zukunft ist auch in den amerikanisch-japanischen Angelegenheiten ein großes Fragezeichen, denn die beiderseitigen Beziehungen laufen zur Stunde nur auf eine gegenseitige Duldung der besonderen Eigenheiten beider Nationen hinaus. Die Amerikaner sind ein Geschäftsvolk, das keine große Rücksichtnahme kennt. Japan muß eine Geschäftsnation werden, soweit es es noch nicht ist, denn es gebraucht Geld, Geld und nochmals Geld, und ohne die mehr oder minder große Beherrschung des ostasiatischen Handels kann es das nicht gewinnen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser hörte am Sonnabend den Chef des Marine-Kabinetts und nahm eine größere Zahl von militärischen Meldungen entgegen. — Die Kaiserin besucht am Dienstag das Hochwassergebiet in der Altmark. In der Altmark ist das Wasser jetzt so weit gesunken, daß die Kaiserin eine längere Wagenfahrt wird unternehmen können.

— Zu der angeblich geplanten Amerikanerreise des deutschen Kronprinzen meldet die „R. Gesellsch. Korresp.“: Kronprinz Wilhelm war von einer Gruppe amerikanischer Sportvereine und durch Vermittelung hervorragender Sportmänner zu einem Besuche der Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeladen worden, um den Veranstaltungen dieser Vereine beizuwohnen. Der Besuch war als rein privater gedacht, bei dem die Thronfolgerwürde des deutschen Kronprinzen nicht berücksichtigt werden sollte. Diese Einladung wurde im deutschen Kaiserhause und speziell vom Kronprinzen selbst mit großer Freude begrüßt. Nach reiflichem Ueberlegen mußte aber von dem Besuche abgesehen werden, weil es sich als unmöglich erwies, daß der deutsche Thronfolger incognito lediglich als Sportsmann sich in den Vereinigten Staaten von Amerika aufhalten könnte. Die Antwort des Kronprinzen, die in Ausdrücken lebhaften Bedauerns abgefaßt ist, hat diese Gründe für die Ablehnung der Einladung angegeben.

— Fürst Bülow empfing eine Abordnung des Bundes der Landwirte, die Wünsche bezüglich der An siedlungs politik im Osten vortrug. Der Reichskanzler antwortete, daß er ebenso, wie die Abordnung, eine Kräftigung und Förderung des deutschen Großgrundbesitzes im Osten für erforderlich erachte, denn von dieser Seite her müßten die Führer im Kampfe gegen die Polen gestellt werden. Darum ist auch der Verlust an deutschem Großgrundbesitz tief beklagt, und in der Gesetzgebung der letzten Jahre sind Maßnahmen getroffen, einer weiteren Verminderung wirksam entgegenzutreten. Deshalb ist der sogenannte 50-Millionen-Fonds, geschaffen, der die Erhaltung wirtschaftlich gefährdeter Güter in deutscher Hand erleichtert, und weiterhin die Verleihung des Enteignungsrechts. Die preussische Regierung ist also mit den Herren derselben Meinung. Der Kanzler schloß mit der Hoffnung, daß es gelingen wird, den Großgrundbesitzern die erforderliche Standkraft für die Zukunft zu geben.

— Zur Reichsfinanzreform. Freitag vormittag traten die Bloßparteien in ihren Fraktionszimmern zusammen, um darüber zu beraten, wie ein Bloßkompromiß in den Hauptfragen der Reichsfinanzreform zu erzielen sei. Dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge ist diese überraschende Wendung durch das persönliche

Eingreifen des Fürsten Bülow herbeigeführt worden. Der Reichskanzler scheint besonders auf die Konservativen mit Erfolg eingewirkt zu haben, indem er ihnen zu verstehen gegeben hätte, daß er nicht gewillt sei, bei dem großen Werke der Reichsfinanzreform den Bloß beiseite schieben zu lassen, in welchem Falle dann das Zentrum wieder in den Vordergrund treten würde. Auch Freitag vormittag hatte Fürst Bülow mit den Führern der Bloßparteien Besprechungen. Nachdem sich, so heißt es in der Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“ weiter, die Konservativen überzeugt hatten, daß das bisher in Aussicht genommene Kompromiß auf Grundlage der Anträge der Reichspartei und des Zentrums, trotzdem der Staatssekretär Sydow sich in der Kommission nicht unfreundlich dazu gestellt hatte, auf die Annahme der verbündeten Regierungen unter keinen Umständen zu rechnen haben werde, scheinen sie nunmehr geneigt zu sein, abermals den ernstlichen Versuch zu machen, eine Verständigung unter den Bloßparteien selbst herbeizuführen. Daß die anderen Bloßparteien ebenfalls das größte Entgegenkommen bezeigen und den gleichen Wunsch hegen, versteht sich von selbst. Die Finanzkommission selbst trat am Freitag nicht zusammen.

— In dem neuen Reichsversicherungs-gesetz, welches der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg im Reichstage ankündigte, wird, wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, die Hinterbliebenenversicherung neu eingeführt. Das Reich zahlt zu jeder Witwenrente 50 Mark, zu jeder Waisenrente 30 Mark Zuschuß; die Hauptkosten sind von Arbeitgebern und Arbeitern zur Hälfte aufzubringen. Die Rentenbeiträge erhöhen sich damit um 30 bis 40 Prozent. Den Arbeitern soll eine gewisse Mitwirkung bei der Rentenbemessung gewährt werden. Ob der Kostenpunkt nicht großen Protest hervorrufen?

— Seekadetten und Schiffsjungen. In den ersten Tagen des April werden 200 Seekadetten in die Marine eingestellt, die mit den im Herbst v. J. eingestellten 850 Schiffsjungen, die während des Winterhalbjahres zur ersten militärischen Erziehung und seemannischen Ausbildung an Bord des Schulschiffes „König Wilhelm“ untergebracht sind, auf die vier Seekadetten- und Schiffsjungen-Schulschiffe eingeteilt werden. Die drei zurzeit auf der Heimreise befindlichen Schulschiffe „Bertha“, „Victoria Louise“, und „Fregata“ bleiben in Dienst, während die heimkehrende „Charlotte“, die das letzte Talselageschiff der Marine ist, die Flagge einzieht und durch den Schulkreuzer „Ganja“ ersetzt wird. Die mit den Schulschiffen zurückkehrenden Seekadetten machen die Fährichtsprüfung und beziehen dann die Marineschule, während die Schiffsjungen zur inanteristischen und artilleristischen Ausbildung bis zum Herbst auf „König Wilhelm“ eingeteilt und darauf zu Matrosen befördert werden.

— Frankreich. Handelsminister Cruppi empfing am Mittwoch eine Abordnung von Vertretern nordfranzösischer Brauereien. Sie erklärten, daß sie gegen jede Erhöhung der gegenwärtigen Hopfenzölle protestieren. Was den für den Minimaltarif vorgeschlagenen Aufschlag von zwei Francs auf Bierflaschen anbetreffe, so würde dieser die deutsche Fabrikation, der Frankreich tributpflichtig sei, nicht beeinträchtigen, in anbetragt der besonderen Bedingungen, unter denen diese Industrie in Deutschland arbeite. Dagegen würde ein solcher Aufschlag Frankreich Gegenmaßnahmen auslösen. Der Minister versicherte, daß er diese Erklärungen vor der Finanzkommission hervorheben werde.

— Bulgarien. Die Polizei in Belgrad verhaftete einen Bulgaren namens Anastasow und einen Serben aus Sofia namens Popowitsch, welche verdächtig sind, gegen den Fürsten Ferdinand von Bulgarien bei seiner Rückkehr aus Petersburg in Rußland einen Bombenanschlag beabsichtigt zu haben. Die beiden Verhafteten gestanden, daß sie Mitglieder einer großen Sofiaer Verschwörung gegen das Leben des Fürsten seien, und daß sie den Auftrag gehabt hätten, in Belgrad das erforderliche Bombenmaterial zu beschaffen, das durch eine Frau nach Rußland geschmuggelt werden sollte. Anastasow gab sich für einen